GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Frauen in der Politik – Frauen im Parlament : Plädoyer für eine parlamentarische Fragestunde in Österreich

Heindl, Waltraud

1997

https://doi.org/10.25595/1235

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Heindl, Waltraud: *Frauen in der Politik – Frauen im Parlament : Plädoyer für eine parlamentarische Fragestunde in Österreich*, in: L' homme : Zeitschrift für feministische Geschichtswissenschaft, Jg. 8 (1997) Nr: 1, 181-192. DOI: https://doi.org/10.25595/1235.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: https://doi.org/10.7767/lhomme.1997.8.1.181

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Frauen in der Politik – Frauen im Parlament

Plädoyer für eine parlamentarische Fragestunde in Österreich

Waltraud Heindl

Zu einem brisanten Thema haben sich in letzter Zeit verschiedene Stimmen zu Wort gemeldet: zum immer noch heiklen Verhältnis von Frauen zur Politik.

Die Historikerin Gabriella Hauch erzählt in ihrem jüngsten Buch „Vom Frauenstandpunkt aus. Frauen im Parlament 1919–1933"[1] erstmals die Anfänge des weiblichen Parlamentarismus in Österreich, dessen Geschichte nachdenklich stimmt. Angeregt wurde diese Analyse am 1. März 1989 durch eine nicht ganz gewöhnliche Aktion im österreichischen Parlamentsalltag, nämlich durch eine parteienübergreifende Initiative von Mandatarinnen anläßlich des 70jährigen Bestehens des Frauenwahlrechts. Am 4. März 1919 waren die ersten sieben weiblichen Abgeordneten – nominiert von der Sozialdemokratie – in den konstituierenden Nationalrat der erst jungen Republik Österreich eingezogen; einige Tage später, am 11. März, folgte eine Parlamentarierin der Christlichsozialen Partei und im September 1920 eine großdeutsche Abgeordnete. Wir erfahren, daß es in der Ersten Republik bereits 25 weibliche Abgeordnete neben 159 männlichen gab, das waren immerhin 6,5%, eine Zahl, die sich in der letzten Gesetzgebungsperiode der Ersten Republik 1930 sogar auf 6,6% erhöhen sollte. Frauen in der Politik der Ersten Republik – also eine Erfolgsstory?

Der Inhalt des Buches versetzt uns in Spannung, und diese Spannung wird größer und je mehr wir einerseits Unbekanntes, Nichtgewußtes, je mehr wir andererseits verblüffend bekannt Anmutendes entdecken können. Es regt zu vielen Fragen an: vor allem zu Fragen an die im Parlament vertretenen politischen Parteien, an die Herren und Frauen der Volksvertretung, aber auch an die Historiker/innen und Politolog/inn/en, die bis dahin dieses spannende Kapitel der Politik- und Demokratiegeschichte sträflich vernachlässigten, und schließlich – last but not least – an die

1 Gabriella Hauch, Vom Frauenstandpunkt aus. Frauen im Parlament 1919–1933, hg. v. Ludwig Boltzmann Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung unter der Leitung von Rudolf Adelt und Helmut Konrad, Wien 1995 (= Studien zur Gesellschafts- und Kulturpolitik 7).

Online gestellt mit finanzieller Unterstützung der Universität Basel (Lehrstuhl Prof. Dr. Claudia Opitz-Belakhal).

besonders Betroffenen, die nachgeborenen Parlamentarierinnen und Historikerinnen.

Dank des ausführlichen Fragenkatalogs, den Gabriela Hauch ihrer Studie zugrunde legt, erfahren wir sehr viel Aufschlußreiches. Die wichtigsten Gegenstände der Untersuchung sind:

- die organisatorisch-strukturelle Einbindung von politisch aktiven Frauen und Funktionärinnen in die jeweiligen Parteien;
- die ideologische Geschlechterkonstruktion, die ideologischen Konzepte der Frauenpolitik und die dementsprechenden Parteistrukturen, welche Frauen die Einbindung ermöglichten oder diese Einbindung als scheinbare dechiffrierten;
- die Themenbereiche, denen sich die weiblichen Abgeordneten widmeten und jene, die von den Frauen bzw. den Frauenbewegungen eingefordert wurden.

Diese drei Fragen sind nicht von einander zu trennen. Die Autorin weicht schließlich und endlich der Gretchenfrage nicht aus, nämlich

- der Frage nach dem Stellenwert von Geschlecht als historischer und politischer Kategorie im Verhältnis zu anderen Kategorien.[2]

Die Fragen, die heute von den Wissenschaftlerinnen an das Thema „Frauen in der Politik" gerichtet werden, sind seit der Ersten Republik gleich geblieben. Auch die Politikwissenschaftlerin Eva Kreisky geht in ihrem Artikel über „Frauen in der Politik", veröffentlicht im letzten Frauenbericht des Bundesministeriums für Frauenangelegenheiten und des Bundeskanzleramtes[3], von diesem Katalog aus. Wie könnte es auch anders sein? Die grundsätzlichen Probleme der Frauenpolitik sind, wie spätestens nach Lektüre des Buches klar wird (um dies Ergebnis bereits vorwegzunehmen), gleichgeblieben. Manchmal hat man das unbehagliche Gefühl, eine Zeitung über den Parlamentsalltag aus dem Jahre 1997 zu lesen. In dem Buch von Eva Rossmann, just im selben Jahr wie Gabriella Hauchs Studie erschienen, das von der Situation heutiger Parlamentarierinnen handelt, ist sehr viel von ähnlichen Frauenwünschen, -hoffnungen und -erwartungen und ebensoviel von Männerwünschen, -ängsten und -strategien, wie sie für die Erste Republik beschrieben werden, zu lesen.[4] Frauen in der Politik der Zweiten Republik – eine Erfolgsstory? Doch davon später, kehren wir erst zurück zum obigen Fragenkatalog Gabriella Hauchs.

Die organisatorisch-strukturelle Einbindung von politisch aktiven Frauen in die jeweiligen Parteien beispielsweise ist bekanntermaßen auch heute ein wunder Punkt in der Parteipolitik. Die Parteien, die von Männern geschaffen, strukturiert und dominiert sind, haben es mit der Präsenz von Frauen in ihren Reihen schwer, denn die Partei verliert bei Partizipation der Frauen ihren ausschließlich männlichen Charakter. In Anwesenheit von Frauen – selbst wenn sie „Gesinnungsgenossinnen" sind – wird der Ton ein anderer, wird die Sprache eine andere, mit einem Wort, wird der Umgang miteinander ein anderer. Und nicht nur der

2 Hauch, Frauenstandpunkt, wie Anm. 1, 21.

3 Eva Kreisky, Bericht über die Situation der Frauen in Österreich. Frauenbericht 1995, hg. v. Bundesministerium für Frauenangelegenheiten, Wien 1995, 573–640.

4 Eva Rossmann, Unter Männern. Frauen im österreichischen Parlament, Bozen 1995.

Umgang mit den Frauen, sondern auch der Umgang der Männer untereinander, der sich ohne Frauen angeblich sehr einfach gestaltet, ändert sich. Aber auch die Frauen haben keinen unkomplizierten Zugang zu den Männergesellschaften der Parteien: Entweder sie passen sich an, lernen das übliche Verhalten (der Männer) – und reüssieren damit, verlieren aber dabei meistens das Interesse an Frauenpolitik – oder sie passen sich nicht an, wahren bewußt weibliche Interessen und weibliche Umgangsformen – dann sind sie mit dem Los konfrontiert, als ewige „Störfaktoren" gesehen zu werden.

Und damit sind wir beim Inhalt des vorliegenden Buches G. Hauchs angelangt. Die Plazierung von Frauen auf unsichere Listenplätze stand in der Ersten Republik auf der Tagesordnung, und eine Unterstützung der Frauenpolitik durch die Männer der eigenen Partei war oftmals nicht gegeben. Das parlamentarische Klima war im allgemeinen nicht sehr frauenfreundlich. Anträge zu Fraueninteressen wurden oftmals mit „Achselzucken, Hohngelächter und schlechten Witzen"[5] quittiert, wie wir aus einer Wortmeldung von der sozialdemokratischen Abgeordneten Gabriele Proft zum Beamtinnenschutzgesetz (1922) wissen.

Es gab allerdings graduelle Unterschiede in den einzelnen Parteien, je nach der jeweils vorherrschenden ideologischen Geschlechterkonstruktion. Am schwierigsten hatten es diesbezüglich ohne Zweifel die christlichsozialen Frauen, die überhaupt keine Einbindung in die Parteiorganisation besaßen.[6] Die Forderung der Katholischen Frauenorganisation Österreichs, der eigentlichen Basisorganisation der christlichsozialen Frauen, an die Christlichsoziale Partei, eine eigene Frauenparteiorganisation zu gründen, welche die gesamte christlichsoziale Frauenbewegung zusammengefaßt hätte, wurde standhaft die gesamte Zeit der Ersten Republik über abgewehrt. Erst mit einer Funktion oder mit einem Mandat konnten die politisch engagierten Katholikinnen – und solche gab es, wie Gabriella Hauch aufzeigt, sehr wohl – zu Parteipolitikerinnen werden. Die organisierten Katholikinnen strebten „trotz aller gegenteiligen Äußerungen nach führenden Positionen", bildeten Vereine als „Kampffront zur Abwehr aller der Familie und dem Staate drohenden Schädigungen" (1919) und gründeten eigene Sektionen. Als von 1927 bis 1930 keine einzige christlichsoziale Abgeordnete im Nationalrat vertreten war, obwohl die Christlichsoziale Partei mehrheitlich von Wählerinnen gewählt wurde, kam es zu energischen Protesten, und die katholischen Frauen trotzten der Partei das Versprechen ab, eine Kandidatin auf wählbaren Platz zu nominieren, mit der Drohung, nur dann die weiblichen Mitglieder für die Wahl zu mobilisieren. (In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß vor der Wahl von 1930 sowohl von den Frauen der anderen beiden im Parlament vetretenen Parteien, als auch vom Bund der Österreichischen Frauenvereine vehemente Kritik an dem niederen Frauenanteil im Nationalrat laut geworden war.[7] Das tat offensichtlich seine Wirkung – wie auch heute, wenn Frauenallianzen zustande kommen.)

5 Hauch, Frauenstandpunkt, wie Anm. 1, 121.
6 Hauch, Frauenstandpunkt, wie Anm. 1, 77–82; Zitate 79.
7 Hauch, Frauenstandpunkt, wie Anm. 1, 106.

Bilder von Mütterlichkeit bestimmten die geschlechtsspezifischen Zuschreibungen und Rollenerwartungen an Frauen aller Parteien, insbesonders jedoch die Einstellung der Männer der Christlichsozialen, aber auch den politischen Forderungskatalog der organisierten Katholikinnen. Dieser umfaßte Fragen der Mutterschaft ebenso wie weibliches Engagement als Fürsorgerin: Dazu gehörten Ehe- und Erziehungsfragen sowie Fragen zu Sozialpolitik, aber auch Fragen öffentlicher Moral und Sittlichkeit, sowie der Forderung nach Verhütungsmitteln, der strengen Verfolgung der Prostitution, der Aufhebung des Wahlrechts für Prostituierte und der strengen Beibehaltung des Ehe- und Scheidungsrechts. Dagegen konnte die Christlichsoziale Partei kaum etwas einzuwenden haben. Die Lage war allerdings komplizierter. Die Konzeption von Mütterlichkeit war von den Frauen nämlich in einem sehr weiten interesseübergreifenden Interpretationsrahmen gedacht, und kann so – dieser These von Gabriella Hauch ist voll zuzustimmen – durchaus als „Machtstrategie für Frauen im Rahmen des katholischen Frauenbildes der bürgerlichen Gesellschaft dechiffriert werden". Eben diese Konzeption von Mütterlichkeit war es aber, die gleichzeitig von den Männern der Christlichsozialen Partei zur Abwehr von weiblicher Konkurrenz ge- bzw. mißbraucht wurde; die christliche Ideologie stand daher den Frauen für eine durchschlagende Frauenpolitik gegenüber ihren männlichen Gesinnungsgenossen im Weg und erwies sich als Bumerang. Um die Frauenfrage voll und ganz vertreten zu können, so wurde beispielsweise gerade in dem oben erwähnten Fall der Wahl von 1930 argumentiert, sei es notwendig, geboren zu haben, Mutter zu sein, aber „Mütter würden ihre Hausfrauenaufgaben zugunsten der Politik nicht aufgeben"[8]. Das heißt, daß eine Vertretung von christlicher Frauenpolitik durch wahrhaft christliche Frauen für unmöglich gehalten oder als unmöglich dargestellt wurde.

Die heutige Partei, die sich als christlich versteht, tut sich mit Frauenpolitik und mit Frauen in der Politik (auch in den eigenen Reihen) noch immer nicht sehr leicht. Erst vor knapp zwei Jahren, im Juni 1995, wurde eine etwas peinliche Diskussion innerhalb der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) in aller Öffentlichkeit geführt, als ein Abgeordneter (Michael Graf) im Zeichen der „Frauenquote" auf seinen Nationalratssitz zugunsten einer Frau (Maria Rauch-Kallat) Verzicht leisten sollte. Das wirklich Peinliche an der Affäre war nicht, daß er nicht verzichten wollte (wer verzichtet schon gerne freiwillig?), sondern daß m a n offenbar die Peinlichkeit nicht einmal bemerkte, als schließlich nicht die Frau, um die es gegangen war, sondern ein anderer Mann den Sitz erhielt, nachdem – nach emphatisch ausgetragenem Kampf und mit viel politischem Geschick – besagter Abgeordneter erfolgreich ausgetrickst worden war.[9]

Anders als die Christlichsozialen hatten die großdeutschen Frauen eine eigene Parteistruktur und stellten auch in der Ersten Republik mehrere Nationalrätinnen.[10] Der Glaube an die „Volksgemeinschaft" der Deutschen verband sie mit den Männern ihrer Partei, ansonsten jedoch

8 Hauch, Frauenstandpunkt, wie Anm. 1, 82.
9 Rossmann, Unter Männern, wie Anm. 4, 42.
10 Hauch, Frauenstandpunkt, wie Anm. 1, 82ff.

grenzten sie sich von der Männerpolitik stark ab und betrachteten sich selbst als prädestiniert für die Vorbereitung der Volksgemeinschaft. Förderung der Mädchenbildung, die Verbesserung der Stellung der Ehefrau und Mutter im Familienrecht im Sinne von gleichen Rechten und Pflichten von Mann und Frau, sowie die Ablehnung der Fristen- und Indikationslösung standen auf ihrem Parteiprogramm. Die Behandlung der Frauenfrage von seiten der Großdeutschen zeigt eine seltsame Ambivalenz zwischen antimodernistischer, ständisch-antiparlamentarischer Ausrichtung und positiver Aufnahme, wo es sich um Frauenwahlrecht und Wählerinnenmacht handelte. In der oben erwähnten Protestkampagne vor der Wahl 1930 zugunsten der Aufnahme von Frauen in den Nationalrat stellte auch die großdeutsche Partei eine Abgeordnete.

Die zum Teil rückwärtsgewandte, zum Teil sehr tagespolitisch ausgerichtete Geschlechterideologie der großdeutschen Frauen sollte sich letztendlich nicht unerheblich zugunsten der nationalsozialistischen Machtergreifung auswirken. Die großdeutschen Frauen erwiesen sich als antidemokratisch wie im übrigen auch ihre Kolleginnen, die organisierten Katholikinnen, als sie die Ausschaltung des Parlaments im Jahr 1933 begrüßten.

Frauen beider Parteien distanzierten sich nicht von den antisemitischen Strömungen in ihren Parteiorganisationen. Vermutlich fiel die erste Abgeordnete der Christlichsozialen Hildegard Burjan, eine bekannte Vorkämpferin in so manchen Fragen, dem Antisemitismus zum Opfer. Sie verließ auffallend bald nach ihrem Eintritt wieder den Nationalrat – offiziell aus Gesundheitsgründen. 1994 wurde sie seliggesprochen![11]

Aber auch die Sozialdemokratie, die immerhin die Gleichberechtigung der Geschlechter in ihren Parteiprogrammen festgeschrieben hatte[12] und in der Ersten Republik, wie wir gesehen haben, die meisten weiblichen Abgeordneten stellte, tat sich mit Frauen in ihren Organisationen sehr schwer. Die Sozialdemokraten unterstützten zwar die Frauenbefreiung gemäß dem sozialistischen bzw. marxistischen Dogma, daß Frauenunterdrückung und die Doppel- und Dreifachbelastung durch das herrschende kapitalistische System verursacht und die „wahre Befreiung" der Frau erst im Sozialismus möglich sei, indem sie für gleiche Bildungs- und Berufschancen und für gleichen Lohn für gleiche Leistung eintraten. Mit wachsendem Wählerinnenanteil setzte sich die Partei dann auch im Parlament für die Forderungen nach einer Verbesserung des Familienrechts zugunsten der Frauen, für die Fristen- bzw. Indikationslösung und die Einbeziehung aller lohnabhängigen arbeitenden Frauen in ein umfassendes Sozialversicherungssystem ein.

Die Teilung der politischen Arbeit entsprang der traditionellen Rollenzuteilung der Geschlechter – auch in der Sozialdemokratie. Weitgehend überließen die Herren der Sozialdemokratie die Fürsorge- und Sozialpolitik als typische „Weibersache" den Genossinnen, die ihnen deshalb noch nach einem Jahrzehnt (weitgehend) gesetzlicher Gleichstellung schwere Mängel in der politischen Arbeitsteilung vorwarfen. Geschweige denn, daß die Teilung der Familien- und Hausarbeit weder praktisch noch

11 Hauch, Frauenstandpunkt, wie Anm. 1, vor allem 250–255.
12 Hauch, Frauenstandpunkt, wie Anm. 1, 71–74.

theoretisch ein Thema für die Genossen gewesen wäre. Daß sie die von ihnen – theoretisch – beklagte Doppel und Dreifachbelastung der Frauen sehr einfach und unbürokratisch durch Teilung der Hausarbeit, wenn schon nicht aus der Welt schaffen, so doch entscheidend mildern hätte können, war ihnen im ideologischen Überschwang entgangen. Gleichstellung der Geschlechter bedeutete für die männlichen Führer der Sozialdemokratie „ohne Unterschied des Geschlechts" – ein Grundsatz, auf den sie sich bereits 1892 programmatisch festgelegt hatten. Das heißt, sie vertraten das Gleichheitspostulat und nicht das Differenzprinzip. Dieses sollte sich natürlich in weiterer Folge auch organisatorisch auswirken. Die Sozialdemokratinnen machten in der Ersten Republik rund ein Drittel der Mitglieder der Partei aus. Im Parlament stellte die Sozialdemokratie zwar die meisten Mandatarinnen, doch entsprach diese Zahl, wie wir mühelos feststellen können, weder dem Anteil der Wählerinnen noch dem der weiblichen Mitglieder.

Wir sollten die Sozialdemokratie der Ersten Republik deshalb nicht schelten. Es ist eine bekannte und nicht auf dieses Land beschränkte Tatsache, daß die politische Arbeitsteilung noch immer nach althergebrachten Mustern verläuft. In den parlamentarischen Ausschüssen und in den Ministerriegen der österreichischen Regierungen der Zweiten Republik finden wir die Ressorts „Frauen", „Familie und Soziales" (außer einiger weniger Ausnahmen) mit regelmäßiger Eintönigkeit mit Frauen besetzt, so Frauen in der Regierung vertreten waren oder sind. Die Unterrichts- und Wissenschaftsministerinnen, die es in der Zweiten Republik bereits gab, gehören zu den Ausnahmen und besitzen eher Seltenheitswert. Was allerdings die Teilung der Hausarbeit betrifft, so ist ein absoluter Erfolg der „Frauensache" zu verzeichnen: Die letzte Aktion der vor kurzem aus dem Amt geschiedenen österreichischen Frauenministerin zugunsten der Verankerung der Teilung der Hausarbeit im Gesetz, eine publikumswirksame Werbekampagne in allen Medien, wurde österreichweit von männlichen (zum Teil auch weiblichen) Journalisten, aber auch von Männern und Frauen der Bevölkerung mit soviel Spott und Hohn bedacht – und nicht nur in konservativen Kreisen und nicht nur in den an ein kleinbürgerliches Publikum adressierten Zeitungen –, daß dies durchaus als Indiz für den vorherrschenden Bewußtseinsstand gelten kann: Der Nagel wurde, so scheint es, auf den Kopf getroffen. Aber wer ließe sich auch gerne per Gesetz zu einem Mehr an gleichförmiger, noch dazu prestigeloser sowie unbedankter Arbeit verdammen?

Bei allen ideologischen Differenzen, die – das wurde bereits angedeutet – sehr stark ausgeprägt waren, gelang es den Frauen der Ersten Republik immer wieder, in manchen Angelegenheiten Koalitionen zu bilden. Eine fraktionsübergreifende Frauenfront ergab sich in den ersten Jahren, vor allem in bezug auf Erziehungs- und Bildungsfragen.[13] In diesem Punkt setzten sich die Parlamentarierinnen jeder Couleur einheitlich für Fraueninteressen ein, im Bewußtsein, die Mehrheit der Wähler/innen/schaft zu vertreten. Bei allen Unterschieden war die möglichst breite Schulbildung für Mädchen ein gemeinsames Anliegen für die Frauen aller drei Parteien. Auch bezüglich der Verbesserung der Stellung der

13 Hauch, Frauenstandpunkt, wie Anm. 1, 229f.

Lehrerinnen gab es eine Konsenspolitik unter den Frauen. Die gemeinsame Frauenpolitik sollte allerdings anfangs der 1930er Jahre, als die Differenzen zwischen den Parteien zunahmen, ihr Ende finden. Die Behandlung der Unterrichtsfrage etwa mündete 1932 in deutschnationaler völkischer Propaganda – ein warnendes Beispiel dafür, wie Frauenkoalitionen zerbrechen können, wenn die wirtschaftliche und politische Situation angespannt und die allgemeine Stimmung nervöser wird.

Frauenkoalitionen sind auch heute nicht immer leicht zu bewerkstelligen. Die Frauenallianz in der Quotenfrage zum Beispiel, die sich 1985 gebildet hatte, sollte bald scheitern.[14] Die Abgeordnete der Grünen, Christine Heindl, rief deshalb im Rahmen einer parlamentarischen Debatte über das Gleichbehandlungspaket mit einem eindringlichen Dekalog für Politikerinnen zur Frauensolidarität auf. Dessen erstes Gebot lautete: „Du sollst Frauen-Koalitionen bilden", das zweite: „Du sollst Deine Frauen-Koalitionen nicht vergessen"![15] Politische Frauensolidarität ist offenbar auch im ausgehenden 20. Jahrhundert eine nicht selbstverständlich gewordene Forderung!

Beeindruckend ist die sehr vielfältige und anstrengende Kleinarbeit, die so manche der Nationalrätinnen der Ersten Republik in den Ausschüssen leistete, allen voran die sehr frauenbewußte Sozialdemokratin Emmy Freundlich, die im Laufe ihrer Tätigkeit als Expertin in Wirtschaftsfragen geradezu zum Feindbild ihrer männlichen Kollegen wurde.[16] Auch heute leisten Frauen in den Ausschüssen harte Arbeit. Geleitet werden allerdings nur sieben von 32 Ausschüssen von Frauen, und dies hauptsächlich in den „typischen Frauendomänen": Familie, Soziales, Frauen. Als Experten, so scheint es, sind Männer „einfach unersetzlich"[17]. Sie glauben es, geben sich zumindest so und haben vor allem den Vortritt in jenen Ausschüssen gepachtet, die mit besonderen Machtpositionen verbunden sind.

Nach dieser kurzen Bilanz, die bei weitem weder den vielfachen Aktionen der Parlamentarierinnen noch dem reichen Material sowie der minutiösen Studie von Gabriela Hauch gerecht werden kann, haben wir wohl genügend Stoff für den angekündigten Katalog einer parlamentarischen Fragestunde. Haben Sie, meine Damen und Herren der Volksvertretung von dieser ohnehin so kurzen, nämlich kaum 80jährigen Geschichte der Frauen im Parlament eigentlich gewußt? Sie hatten bis jetzt keine Gelegenheit, um sich damit zu beschäftigen? Das ist nur zu verständlich, gab es doch bis heute in der Historiographie der politischen Geschichte, die vorwiegend von Männern geschrieben wurde, kaum ausführliche Darstellungen zum Thema. Sie haben die Geschichte bis jetzt für nicht wichtig erachtet, sondern den Kampf der Gegenwart bevorzugt? Sind Sie nun aber, da Sie die Geschichte kennen, nicht in vielerlei Hinsicht überrascht, weil sie die Entwicklungslinien der Frauenpolitik, darüber hinaus auch die Fundamente der Geschlechterideo-

14 Kreisky, Frauenbericht, wie Anm. 3, 580; vgl. auch Rossmann, Unter Männern, wie Anm. 4, 53–56.

15 Abgedruckt in: Allzu hohes Haus. Zehn Jahre Grüner Klub im Parlament. Materialien, Fotografien, Dokumente, Wien 1996, 147.

16 Hauch, Frauenstandpunkt, wie Anm. 1, 109–113.

17 Rossmann, Unter Männern, wie Anm. 4, 62–77.

logien aufzeigt, die wir heute noch bei den einzelnen Parteien vertreten finden und die noch wesentlich die aktuelle Frauenpolitik bestimmen? Die Traditionen, so entnehmen wir dem Buch, reichen weit zurück bis in die Anfänge der Republik, ja bis in die Monarchie. Außerdem bietet diese Geschichte, das haben Sie doch verfolgt, meine Herren, ein glänzendes Lehrstück auch für Möglichkeiten, wie Frauenpolitik erfolgreich zu verhindern ist, meine Herren – oder letztlich doch durchzusetzen, meine Damen!

Das bloße Erscheinen des Buches bietet genügend Stoff für eine parlamentarische Fragestunde. Warum mußte es beispielsweise 70 Jahre dauern, bis überhaupt eine umfangreiche Geschichte zu diesem Thema erschien? Warum gibt es bis in die jüngste Zeit und mit ganz wenigen Ausnahmen keine „populären" Biographien über diese beachtlichen Parlamentarierinnen?[18] Wenn es welche gibt, so sind sie von Frauen verfaßt. Um nicht mißverstanden zu werden: Es ist absolut gerechtfertigt, daß es Frauen waren, die ihre mutigen Geschlechtsgenossinnen und Kämpferinnen der ersten Stunde der Vergessenheit entrissen. Wir staunen nur, meine Herren der im Parlament vertretenen Parteien, über die vornehme Zurückhaltung, daß Sie diese demokratische historische Tat der Förderung von Frauen nicht für Werbezwecke zugunsten Ihrer Parteien auszunützen. Es handelte sich hier immerhin um die ersten in der Öffentlichkeit anerkannten Politikerinnen, deren Promovierung eine demokratiepolitisch äußerst wichtige und somit anerkennenswerte historische Leistung war, und für die Geschichte der heutigen Nachfolgeparteien (bzw. ideologisch sich nahestehend fühlenden Parteien) ein Ruhmesblatt wäre. Wir könnten diese unübliche Bescheidenheit, in bezug auf die gebührende Darstellung von parteilichen Leistungen – gutwillig – als Ausdruck einer selbstverständlich gewordenen positiven Einstellung zu Frauen in der Politik werten. Allerdings provozieren so manche erstaunlichen Aussprüche und Meinungen, die von männlichen Parlamentariern über ihre Kolleginnen in aller Öffentlichkeit vorgebracht werden, den Verdacht, es handle sich nicht um Einsicht, sondern um Ignoranz gegenüber den tatsächlichen demokratiepolitischen Werten von Maßnahmen, die die politische Gleichstellung von einer guten Hälfte der Staatsbürger, nämlich der Staatsbürgerinnen, zum Ziel haben und damit die Demokratie vervollständigen. Wir schließen absolut aus, daß sich die Herren der im Parlament vertretenen Parteien vielleicht schämen könnten dafür, daß sie sich einst vom „schwachen Geschlecht" den Einzug in das Parlament, ihre ureigenste Domäne, abringen ließen. Und von diesem Kampf handelt doch im eigentlichen die Geschichte der Frauen im österreichischen Parlament, der diese letztendlich doch zu einer Heldinnengeschichte macht.

Wir möchten nun, nachdem wir die Geschichte mit ihren Stereotypen, Vorurteilen und Klischees etwas kennen, genau ergründen, was sich, meine Damen und Herren der Volksvertretung, im Laufe der Zeit bis zum heutigen Tag geändert hat. Gewiß waren die letzten Jahre, wie Eva Kreisky in ihrem erwähnten Artikel über „Frauen und Politik" im letzten

18 Hauch enthält sehr informative Biographien über alle 25 Parlamentarierinnen, Frauenstandpunkt, wie Anm. 1, 241–350.

„Frauenbericht" des Ministeriums für Frauenangelegenheiten hervorhebt, europaweit durch die Intensivierung von Strategien zur Steigerung der politischen Repräsentation der Frauen gekennzeichnet. Kreisky zitiert die skandinavische Wissenschaftlerin Drude Dahlerup, die meint, daß damit die Frauen endlich „die Grenze von einer kleinen zu einer großen Minderheit überschreiten"[19] konnten. Die Quotenregelung[20] bewirkte eine deutliche Erhöhung der Zahl der Nationalrätinnen: Sie betrug im Jahr 1994 23,5% (gegenüber 6,3% am Anfang der Zweiten Republik im Jahr 1945).[21] Damit partizipieren die Frauen auch in Österreich mehr an der politischen Macht. Wie weit es darum aber tatsächlich bestellt ist, sagt uns die Gesamtzahl der Frauen in den politischen Institutionen: Wir kommen für 1994 genau auf 21,9%, wollen wir Macht in Zahlen ausdrücken, denn genau einen solchen Prozentsatz an Frauen gab es in politischen Institutionen insgesamt gegenüber dem 78,1% Männeranteil. Politik hat doch mit (gerechter) Verteilung der Macht zu tun! Es gehört gerade zur Zeit in der Öffentlichkeit nicht zum guten Ton von Politikern, sich über Fragen der Gleichstellung von Frauen in der Gesellschaft nicht positiv zu äußern. Das wird offenbar nicht als elegant, zeitkonform oder was auch immer empfunden. Die Sexismusdebatte, die im Jahr 1993 gleich durch zwei sexistische Übergriffe, eines Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) sowie eines Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) ausgelöst wurde, hatte hohen politischen Stellenwert: Sie schärfte die Sensibilität sowohl der Öffentlichkeit als auch der Nationalräte.[22] Die breite Frauenfront, die sich anläßlich der beiden Skandale gebildet hatte, verbreitete Unbehagen und Verunsicherung – vor allem unter den Männern.

Soll uns dies zu hoffen veranlassen? Handelt es sich bei der Geschichte der Frauen in der Politik der Zweiten Republik, wie eingangs bereits zur Frage erhoben, doch um eine Erfolgsstory?

Die Zahlenspiele um Quotenregelungen u. a. verschleiern die reale Situation: Eva Kreiskys Bericht gibt uns nicht viel Grund zum Optimismus. Gerade die 90er Jahre stellen eine „Periode massiver Rückschläge"[23] dar. Eingebettet „in allgemeine regressive gesellschaftliche Tendenzen" – wie Sozialstaatsabbau, Entdemokratisierung, Rassismus, Minderheitenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, um nur einige zu nennen – findet auch ein „Krieg gegen Frauen" statt. Die nach wie vor herrschenden Benachteiligungen von Frauen im Parlament sind auf den ersten Blick sichtbar. Die 1995 im Nationalrat vertretenen 44 weiblichen Abgeordneten verdienten zum Beispiel monatlich im Durchschnitt um

19 Kreisky, Frauenbericht, wie Anm. 3, 573.

20 Die SPÖ beschloß 1985 eine Mindestquote von 25% Frauen im Nationalrat, die ÖVP folgte dem Beispiel und legte die Frauenquote mit einem Drittel fest, die der Grünen liegt bei 50% und wird meistens eingehalten, was bei den anderen nicht der Fall ist. Die Freiheitlichen lehnen eine Quotierung für beide Geschlechter ab.

21 Rossmann, Unter Männern, wie Anm. 4, 53f. Vgl. auch Regina Köpl, Möglichkeiten und Grenzen frauenpolitischer Strategien: Institutionelle Frauenpolitik, in: Kreisky, Frauenbericht, wie Anm. 3, 592–598, Tabelle 634.

22 Vor allem Rossmann, Unter Männern, wie Anm. 4, 179–214; Allzu hohes Haus, wie Anm. 15, 146f.

23 Kreisky, Frauenbericht, wie Anm. 3, 577.

öS 7.289,– weniger als ihre 139 männlichen Kollegen, weil sie als relative Neulinge, die jahrelang nicht zugelassen worden waren, nicht so viele abgediente Parlamentsjahre aufweisen können.[24]

Die Regierung bietet ein ebenso gutes Bild hinsichtlich der Geschlechterverhältnisse wie das Parlament. Es gibt heute in der österreichischen Bundesregierung, die am 28. Jänner 1997 angelobt wurde – mann höre, staune (und erzittere) –, drei Frauen: eine Ministerin für Soziales und Arbeit und eine für Frauenangelegenheiten und Konsumentenschutz, die beide aus der SPÖ kommen, sowie eine Unterrichtsministerin, die von der ÖVP nominiert wurde. Hingegen befinden sich zehn Männer in der Regierung, weiters eine Staatssekretärin neben zwei Staatssekretären. Das macht insgesamt 16 Mitglieder der Bundesregierung, vier davon sind weiblich, das sind genau 25%.

Wir schweigen von den sexistischen Belästigungen, denen zwar nicht weibliche Mitglieder der Bundesregierung, doch Parlamentarierinnen immer wieder von seiten ihrer männlichen Kollegen, den Vertretern des Volkes, ausgesetzt sind. Die beiden erwähnten Sexismusskandale des Jahres 1993 und die breite Diskussion, die sich daran entzündete, bewiesen, daß so manche Herren des hohen Hauses bezüglich ihres geringen Respekts für Frauen in der Politik ein trauriges Spiegelbild von Teilen einer Gesellschaft liefern, die (wieder) unter Männlichkeit Rücksichtslosigkeit versteht.[25] Parlamentarierinnen aller Fraktionen bekannten, sexistischen Übergriffen ausgesetzt zu sein und sich des öfteren durch Gesten, Worte und Taten zum Objekt herabgewürdigt zu fühlen.[26] Die Gefühllosigkeit, die Parlamentarier gegenüber dem Phänomen Sexismus an den Tag legen[27], demonstriert das Klima im hohen Haus, in dem Frauen als Nationalrätinnen auch heute zu leben und zu arbeiten haben.

Die oben zitierten „großen" Errungenschaften der Frauen scheinen Grund genug für manche Männer zu bieten, massiv neue „Männerrechte" geltend zu machen – nicht anders als in der Ersten Republik.

Wußten Sie etwa, meine Herren, daß auf die formale juristische Gleichberechtigung, die 1919 erfolgte, männlicherseits sofort mit einer Gegenoffensive geantwortet wurde? Mitte der 1920er Jahre konstituierte sich ein „Bund für Männerrechte". Abgeordnete aus verschiedenen Parteien schlossen sich wegen der „auf die Spitze getriebenen Frauenemanzipation" zusammen, um die „in ihrer Existenz gefährdeten Männer zu schützen".[28] Sie lächeln wahrscheinlich über diesen Ausdruck von grundloser Männerangst, die sich ebenso im folgenden Satz eines Presseartikels aus dem Jahr 1926 findet: „Die Versklavung der Männer durch die Frauen durch [...] feministische Gesetze" sei, so meinte der Autor, Ursache für die „schiefgewachsene Kultur des 20. Jahrhundert", für die „große Kulturkrise", in der sich das Jahrhundert befände.[29] Doch

24 Rossmann, Unter Männern, wie Anm. 4, 90f.
25 Rossmann, Unter Männern, wie Anm. 4, 179–214.
26 Rossmann, Unter Männern, wie Anm. 4, 150–164.
27 Siehe die Interviews bei Rossmann, Unter Männern, wie Anm. 4, 164–179.
28 Hauch, Frauenstandpunkt, wie Anm. 1, 13.
29 Otto Friedländer in der Neuen Freien Presse vom 30. März 1926, zit. nach: Hauch, Frauenstandpunkt, wie Anm. 1, 13.

was hat sich außer der Diktion geändert, ziehen wir den Vergleich zu einem Ausspruch von 1995 in einer österreichischen Zeitung, anläßlich parlamentarischer Forderungen nach positiver Diskriminierung? „Unsere Zeit ist männerfeindlich. Ich möchte bald eine Frau sein."[30]

Unsere vorwurfsvolle Frage, warum für die Parteiarbeit von Frauen – bis auf wenige Ausnahmen und bis in die jüngste Zeit[31] – wenig Interesse gezeigt wurde, muß vor allem den Historiker/inne/n und Politolog/inn/en gelten, in deren einschlägigen Werken die Frauen des Parlaments wenig oder gar keine Beachtung fanden[32].

Wichtige historisch-rechtliche und sozialwissenschaftliche Fragen können am Thema „Frauen in der Poltitik" explizit demonstriert werden, wie die Frage nach Gleichheit und/oder Differenz, nach Öffentlichkeit und Privatheit als Folgen der Aufklärung sowie deren Auswirkungen auf Geschlechter und Schichten – oder anders, nach den Habermas'schen Begriffe Familie, Ökonomie, Staat und Öffentlichkeit[33]. Daß Geschlecht eine fundamentale Kategorie sowohl in der Geschichte als auch der Politik darstellt, wurde von Hauch schlagend bewiesen.

Die Frage, wie es um das Wissen dieses Teiles der Frauen- und Geschlechtergeschichte bestellt ist, muß vor allem an uns Nachgeborene, in erster Linie an die Betroffenen, die Politikerinnen und – last but not least – an uns Historikerinnen gerichtet werden. Es handelt sich hier nicht um Fakten und um Details, sondern um das „kollektive Gedächtnis", das Erinnerungen und Erinnerungen an Erfahrungen (mündlich) weitergibt. Anders als im Falle von „wissenschaftlichem Wissen" handelt es sich hier um eine Art von Kultur, über die man nicht weiter nachzudenken hat, die als Grundwissen da ist, und zwar auch dann, wenn man alle Einzelheiten vergessen hat.

Die Erfahrungen zeigen: Auch als Gedächtnisort ist das Parlament für uns Frauen, so scheint es zumindest der Lektüre einschlägiger Werke nach, noch immer männlich besetzt[34], ein Ort „männerbündischer Machtinteressen", obwohl diese Strukturen bereits seit 1919 durchbrochen wurden. Immerhin gibt es seit fast 80 Jahren Parlamentarierinnen, die sich zumindest teilweise für Fraueninteressen einsetzen, immerhin hatten sich die männlichen Abgeordneten seit 80 Jahren mit Frauen als möglichen oder definitiven Kooperationspartnerinnen oder mit Kontrahentinnen auseinanderzusetzen. Diese Tatsachen sind, so scheint es, noch nicht genügend Teil unseres kollektiven Gedächtnisses, unserer

30 Klaus Woltron im Kurier, zit. nach: Hauch, Frauenstandpunkt, wie Anm. 1, 14.

31 In letzter Zeit wurde allerdings sehr viel über Parlamentarierinnen publiziert. In der sehr ausführlichen Bibliographie bei Hauch, Frauenstandpunkt, wie Anm. 1, 403–421, finden sich auch die vielen Biographien, die teilweise von Dissertantinnen und Diplomandinnen verfaßt worden sind.

32 Als Beispiel sei ein „großkoalitionäres" Werk genannt, das in erster Auflage 1974 erschien: Heinz Fischer Hg., Das politische System Österreichs, Wien 1974. Aber auch in den älteren Handbüchern über die Erste Republik kommt der Frauenaspekt kaum zu tragen. Diesbezüglich ist bei den neuen Publikationen eine Änderung eingetreten, vgl. z. B. Emmerich Talos u. a. Hg., Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933, Wien 1995.

33 Hauch, Frauenstandpunkt, wie Anm. 1, 18–22.

34 Hauch, Frauenstandpunkt, wie Anm. 1, 22.

Kultur geworden. Gabriella Hauchs Buch hat einen wichtigen Beitrag zur Stärkung einer soliden Frauenkultur geleistet.

Notgedrungen mußte im Laufe dieser 80 Jahre die Veränderung eines Bewußtseinsprozesses auf beiden Seiten einsetzen. Dieser ist bis heute noch nicht abgeschlossen, ja im Gegenteil, immer wieder wird von der einen oder anderen Seite heftiger Widerstand dagegen geleistet. Vergleichen wir rückblickend die Ergebnisse dieses Prozesses, so müssen wir feststellen, daß der ursprüngliche Anspruch – nämlich der Anspruch auf Gleichheit –, den bereits die frühbürgerliche Gesellschaft der Aufklärung gestellt hat, und die Verwirklichung dieser Forderung in der Realität der spätbürgerlichen Gesellschaft noch immer weit auseinanderklaffen. Denn das System des Parlamentarismus, der parlamentarischen Demokratie ist eindeutig ein Sohn, wie Gabriella Hauch feststellt, und auch heute noch ein „männliches Politikprojekt", das die Hereinnahme von Frauen und Frauenprojekten schwer möglich macht – war doch von der bürgerlichen Gesellschaft, wie wir wissen, der Staatsbürger ausschließlich männlich konzipiert.[35]

Machtpositionen werden nicht so gerne aufgegeben. Daß der Kampf um männliche Machtpositionen in der parlamentarischen Tagespolitik gerade heute wieder verstärkt ausgetragen wird – zwar nicht mit Brachialgewalt, sondern eher verschleiert und mit vorgeschobenen Rationalisierungen –, ist heuchlerisch und nicht grundsätzlich positiv zu werten. Es gibt mir vielleicht aber doch Hoffnung, daß eine breitere Umwertung stattgefunden haben könnte, worauf auch das Ergebnis des im April 1997 abgehaltenen „Frauenvolksbegehrens" hinweist.[36] Es wurde von über 600.000 Personen in Österreich unterschrieben – eine Zahl, die im allgemeinen selten von einem Volksbegehren erreicht wurde. Daß die Reaktionen der Politiker darauf und die Auswirkungen auf die konkrete Frauenpolitik bis jetzt sehr zu wünschen übrig lassen, stimmt dagegen traurig.

Wenn es tatsächlich so wäre, daß die bürgerliche Gesellschaft ihre eigenen Forderungen nach Gleichheit selbst torpediert, dann müßte mit Recht die Frage nach dem Wert der bürgerlichen Gesellschaft per se gestellt werden: Ist diese bürgerliche Gesellschaft noch nicht vollendet, da der Egalitätsanspruch noch nicht eingelöst ist, dann wäre es wohl nach 200 Jahren an der Zeit, sich an die Einlösung eigener Forderungen zu erinnern. Oder falls diese Gesellschaft dazu nicht fähig ist, dann wäre es für die Frauen an der Zeit, nach Ersatz zu suchen.[37]

35 Hauch, Frauenstandpunkt, wie Anm. 1, 20.

36 Das „Frauenvolksbegehren", das von einem parteiunabhängigen Forum von Frauen initiiert wurde, wurde laut Umfrage von einer überwältigenden Mehrheit von Frauen und Männern befürwortet; siehe: Der Standard vom 8./9. März 1997, 5. 56% der Männer meinten beispielsweise, daß Frauen in Österreich nicht gleichgestellt wären.

37 Vgl. dazu die Diskussion zwischen Karin Hausen und Jürgen Kocka, zit. nach: Hauch, Frauenstandpunkt, wie Anm. 1, 18.